



VW-Werk in Wolfsburg

FRIEDER BUCKLE / LAIF

Dieselskandal

Sagte Winterkorn der Regierung zu viel?

Bankenaufsicht prüft neuen Vorwurf gegen Volkswagen.

Dem VW-Konzern und seinem ehemaligen Chef Martin Winterkorn droht neuer Ärger von der Finanzaufsicht BaFin. Die Behörde untersucht seit Kurzem, ob VW im Zuge der Diesellaffäre Insiderinformationen unbefugt an Dritte weitergegeben hat. Hintergrund sind die Ereignisse bei VW am 20. und 21. September 2015 (SPIEGEL 44/2017). Bei einer Krisensitzung am 20. September sollen VW-Techniker erklärt haben, nicht nur in den USA sei Schummelsoftware eingesetzt worden, sondern auch in anderen Teilen der Welt, betroffen seien mehrere Millionen Autos. Ein weiteres Ergebnis der Sitzung sei gewesen: Man müsse die Bundesregierung informieren, ehe man mit den

heiklen Erkenntnissen an die Öffentlichkeit gehe. Am Tag darauf unterrichtete Winterkorn den Chef des Kraftfahrt-Bundesamtes, Ekhard Zinke, und Verkehrsminister Alexander Dobrindt darüber. Erst am 22. September veröffentlichte der Konzern eine entsprechende Ad-hoc-Meldung. „Wir sehen uns diesen Vorgang mit Blick auf eine möglicherweise unbefugte Weitergabe von Insiderinformationen an“, bestätigte eine BaFin-Sprecherin. Die Finanzaufsicht geht bereits seit 2015 dem Verdacht auf Insiderhandel nach. Wegen Marktmanipulation ermittelt die Staatsanwaltschaft Braunschweig. VW erklärt, man habe die „kapitalmarktrechtliche Publizitätspflicht ordnungsgemäß erfüllt“. fdo, sh, mhs

Versicherung

Allianz verhindert Tarifwechsel

Die Allianz drängt offenbar ihre Vertreter, Kunden nicht auf neue, günstigere Kfz-Versicherungen umzustellen. In einem geschützten Forum im Netz ärgern sich mehrere Vertreter über E-Mails und Anrufe von Vorgesetzten, „dass keine Tarifumstellun-

gen gewünscht sind“. Die Allianz hatte zum Oktober neue Preisgruppen bei der Autoversicherung eingeführt, die für den Kunden einfacher zu verstehen und wettbewerbsfähiger sein sollten. Je nach Fall sind die neuen Tarife für Autobesitzer billiger: Sein eigenes Fahrzeug wäre mit einem neuen Tarif 140 Euro günstiger im Jahr, hat ein Vertreter ausgerechnet.

Viele Berater geben jedoch an, nach erfolgten Wechseln von Vorgesetzten zu einer Stellungnahme aufgefordert oder zum persönlichen Gespräch gebeten worden zu sein. Jede Umstellung werde offenbar „nach oben“ gemeldet. Das Verhalten der Allianz sei „so nicht tragbar“, findet ein Berater. Die Allianz erklärt, ein „generelles Verbot“ von Tarifumstellun-

gen gebe es nicht. „Wir haben jedoch in der Vergangenheit vermehrt Tarifumstellungen beobachtet, die ohne Beratung des Kunden stattgefunden haben.“ Neben dem Preis hätten sich aber auch Produkteigenschaften verändert. „Auf Wunsch des Kunden und nach einer erfolgten Beratung“ sei „selbstverständlich eine Umstellung auf den neuen Tarif möglich.“ ase